

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: 07 Amt Dönhoff 292 bis 297
Telegraphenadresse: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER



VOLKSBLATT

In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts..... 10 Pf.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Verkehrstreik

Für gewerkschaftliche Disziplin!

Die Belegschaft der BVB. hat heute morgen die Arbeit eingestellt. Berlin steht im Zeichen des Verkehrstreiks. Anlaß zum Konflikt bot die Notverordnungs-politik, die eine Angleichung der Löhne der Gemeindefahrer an die der Reichsarbeiter vorschreibt. Obwohl es den Gewerkschaften gelungen war, eine erhebliche Milderung in der Ausführung zu erreichen, blieb immer noch eine weitere Lohnkürzung von 2 Pf. pro Stunde. Daß sich die Belegschaft dagegen zur Wehr setzte, ist um so verständlicher, als sie obendrein noch befürchten muß, daß dem jetzigen Lohnabzug nach einem Monat schon wieder ein neuer folgen könnte!

Die Gewerkschaften haben angesichts des Ergebnisses der Abstimmung die Unterzeichnung des Abkommens abgelehnt. Sie haben den Vorsitzenden des Aufsichtsrats zu neuen Besprechungen aufgefordert, in denen eine Verständigung zur baldigen Beilegung des Konflikts gesucht werden soll.

Kommunisten und Nationalsozialisten sind freilich Erwägungen solcher Art unzugänglich. Sie sind zwar einig in der Meinung, daß es keine Streiks mehr geben darf, wenn sie einmal selber regieren werden. Bis dahin jedoch sind sie für jeden Streik zu haben, wenn sie glauben, mit ihm zugleich ihre parteipolitischen Geschäfte fördern zu können.

Wir meinen also, daß ein Weg der Verständigung gesucht werden soll, um aus einer Situation herauszukommen, die für das Wirtschaftsleben ganz Berlins schwere Gefahren in sich schließt. Die BVB-Arbeiter aber müssen einsehen, daß die berufenen Vertreter ihrer Interessen in den Gewerkschaften zu suchen sind und nicht dort, wo man am Feuer eines Lohnstreiks kommunistische oder nationalsozialistische Parteisuppen kochen möchte!

Reichsrats-Ausschuß

Nächste Woche neue Sitzung

Im großen Reichsrats-Sitzungs-saal trat am Donnerstag vormittag der Ausschuß des Reichsrats für Verfassungs- und Geschäftsordnungsfragen zusammen. Den Vorsitz führte Reichsinnenminister Freiherr von Gaus, der in Begleitung des Staatssekretärs Zweigert, des Ministerialdirektors Gottheimer und verschiedener anderer seiner Beamten erschienen war. Für Preußen waren die Ministerialdirektoren Brecht und Badt anwesend. Außer den Ländern, die durch ihre Hauptbevollmächtigten vertreten waren, waren auch die Vertreter der Provinzen vollständig erschienen. Auf der Tagesordnung der Ausschusssitzung steht offiziell die Geschäftslage des Reichsrats. Tatsächlich soll bekanntlich diese Aussprache, die als Ersatz für eine offizielle Auseinandersetzung zwischen dem Reich und der Preußenregierung beiderseits vereinbart worden ist, eine vertrauliche Erörterung über die bestehenden Meinungsverschiedenheiten ermöglichen. Ein Antrag auf Einberufung des Ausschusses lag schon seit längerer Zeit von dem Vertreter der Rheinprovinz Dr. Hamacher vor. Dieser Antrag wurde sofort mit der Besprechung verbunden.

Die Ausschusssitzung des Reichsrats war von etwa einstündiger Dauer. Man einigte sich dahin, daß in der nächsten Woche eine neue Sitzung des Verfassungsausschusses stattfinden soll, in der die Verfassungsfragen besprochen werden sollen.

Im Anschluß an die heutige Sitzung fand jedoch eine interne Besprechung der Hauptbevollmächtigten der verschiedenen Länder ohne Beteiligung der Reichsregierung über das weitere Verhalten der Länder statt.

Berlin ohne Verkehrsmittel

Ansturm auf Stadtbahn, Autos und Fahrräder

Für den größten Teil der Berliner Bevölkerung ist der Ausbruch des Verkehrstreiks vollkommen überraschend gekommen. Nur einige Straßenpassanten, die gestern gegen Mitternacht aus den politischen Versammlungen kamen, konnten kommunistische Gruppen beobachten, die, auf den Fahrdämmen entlangziehend, allen Fahrern und Schaffnern der Straßenbahn zuriefen: „Morgen ist Streik! Kurbel raus!“ Inzwischen war aber das Abstimmungsergebnis in der Reichshauptstadt bekanntgeworden, das bekanntlich die nach den Statuten des Gesamtverbandes notwendige Mehrheit nicht gebracht hatte,

Die Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und dem Aufsichtsrat der BVB. sind gescheitert. Die Gewerkschaften haben ihre alte Forderung — unveränderte Verlängerung des Lohn- und Mantelstarifes — bei diesen Verhandlungen wieder aufgenommen. Die Verhandlungen sind jedoch an dieser Forderung gescheitert.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Bürgermeister Dr. Elsas, hat daraufhin den

Noch ehe eine polizeiliche Hilfe eintraf, wurden auf den Höfen in Brih, Spandau und Müllerstraße mehrere Straßenbahnwagen beschädigt. Die Bahnhöfe Köpenick, Weihensee, Treptow, Oberschöneweide und Weißfällische Straße haben überhaupt keinen Betrieb aufgenommen. Augenblicklich besteht nur noch ein Pendelverkehr zwischen Tegelerort und Heiligensee. Nach den letzten Mitteilungen ist bereits auf einer Strecke ein Teilverkehr aufgenommen worden. Zwei Wagen der Linie 75 sind von Spandau nach Kupfergraben unterwegs; sie werden von einem Polizeistreifenwagen begleitet, um zu vermeiden, daß während der Fahrt Streikende mit Unterstützung des Publikums die Fahrer angreifen und zur Rückkehr zwingen.



Bild vom Straßenbahnhof: Der Verkehr steht still

so daß jedermann annahm, es würde Donnerstag früh wohl kaum zu einem Streik der Berliner Verkehrsmittel kommen.

Um so größer war die Überraschung, als heute früh an den Haltestellen der Straßenbahn und der Autobusse Flugzettel der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ angeheftet waren, statt daß die Fahrzeuge verkehrten. Die U-Bahnhöfe hatten erst gar nicht ihre Tore geöffnet, sondern blieben verschlossen. Am U-Bahnhof Friedrichstraße hatten Nationalsozialisten Streikposten aufgestellt, die sich Schilder umgehängt hatten: „Hier streikt die NSD.“ Diese „Streikposten“ waren jedoch nicht Angehörige der NSD, sondern SA-Leute. So war, trotzdem die Verkehrsmittel heute im Straßenbild fehlten, das Straßenbild ein ungemein belebtes. Lange Kolonnen mit Regenschirmen marschierten ihren Arbeitsstätten zu, die viele Arbeiter und Angestellte allerdings nur verspätet erreichen konnten.

Am Stettiner Bahnhof waren die ersten wilden „Verkehrsgesellschaften“ zu sehen. Hier hatten Lastkraftwagen mit Stühlen und Bänken Aufstellung genommen und eine Verkehrslinie Stettiner Bahnhof—Halleches Tor—Hermannplatz eingerichtet. Gegen 10 Uhr fuhren die Besitzer dieser Lastwagen jedoch wieder nach Hause, denn die Benutzung dieser wilden Fuhrwerke war so gering, daß die Unternehmer keine Geschäfte machen konnten. Die Werttätigen Berlins haben nicht mehr sonderlich Geld, daß sie mehrere Mark für eine Fahrt von den Kopfbahnhöfen der Vorortbahn in die Innenstadt ausgeben können.

Kein S-Bahnstreik

Gesichtlich werden Gerüchte in Umlauf gesetzt, daß ab 12 Uhr auch die Eisenbahner der Stadt- und Ringbahn in den Streik treten. Wie uns mitgeteilt wird, Regen bis jetzt keinerlei Anzeichen dafür vor, daß die S-Bahner sich dem Streik des BVB-Personals anschließen, zumal bei der Reichsbahn gegenwärtig kein Konflikt besteht.

Allerdings sind Kräfte am Werk, die den Sympathiestreik nicht nur bei der Stadtbahn, sondern auch in den städtischen Werken fördern.

Auch die Reichsbahndirektion Berlin erklärt, daß ein Streik bei der Stadt- und Ringbahn nicht zu befürchten ist.

Schlichtungsausschuß angerufen. Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses hat die Parteien zu heute nachmittag 4 Uhr geladen.

Amliche Erklärung

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt zu dem Streik bei der BVB. mit: Im allgemeinen wird sonst der Betrieb der Straßenbahn schon morgens um 4 Uhr, der der U-Bahn um 5 Uhr aufgenommen. Heute morgen hatten sich an fast allen Betriebsbahnhöfen Arbeitswillige für alle Verkehrsmittel eingefunden. Das arbeitswillige Personal bei der U-Bahn reichte jedoch keineswegs aus, um den Betrieb aufzunehmen. Vor sämtlichen Betriebsbahnhöfen haben bereits während der Nacht Streikposten jeden Arbeitswilligen am Betreten des Bahnhofs gehindert. Polizeilicher Schutz ist noch in der Nacht eingesetzt worden, um die Anlagen zu schützen. Ebenso wie auf der U-Bahn konnte auch der Omnibusverkehr überhaupt nicht aufgenommen werden.

Bei der Straßenbahn ergibt sich folgendes Bild: Der Betrieb wurde teilweise aufgenommen, und zwar fahrplanmäßig von der Linie 3, die jedoch am Alexanderplatz aufgehalten wurde.

Mit Unterstützung des sympathisierenden Publikums bedrohten die Streikenden die Straßenbahnschaffner.

Schlugen teilweise die Fenster ein und zwangen die Führer, in den Betriebsbahnhof zurückzufahren. Dieselbe Situation entstand für die Wagen der Linie 141. Die Linien 54 und 154 hatten von Spandau aus den Betrieb aufgenommen. An der Gedächtniskirche wurden sie jedoch aufgehalten und das Publikum wurde gezwungen, die Wagen zu verlassen. In einem Falle entwendete man dem Weichensteller die Stange, in einem anderen durch Schnitt die Peine der Stromabnehmerstange, so daß die Wagen nicht weiter fahren konnten. In vielen Fällen wurden die Wagen mit Steinen beworfen und die Fensterscheiben zerrümmert.

Auch hatte man die Weichen teilweise mit Sand und Steinen gesperrt.

Stellung der Gewerkschaften

Die an dem Konflikt mit der BVB. beteiligten Gewerkschaften haben gestern abend den Obleuten die Weisung erteilt, sich irgendwelchen Gewaltandrohungen der Streikkomitees der Kommunisten und Nazis nicht zu widersehen, sondern Bewehr bei Fuß zu stehen. Dementisprechend hat sich auch das Personal verhalten, als heute früh die Arbeit aufgenommen werden sollte.

Heute vormittag waren die Ortsverwaltungen der Gewerkschaften versammelt, um zur Gesamtlage Stellung zu nehmen. Die Sitzung wurde unterbrochen, da der Vorsitzende des Aufsichtsrats Bürgermeister Dr. Elsas die Gewerkschaften zu einer gemeinsamen Besprechung mit der Direktion und dem Aufsichtsrat geladen hat. Inzwischen sind auch die gewerkschaftlichen Funktionäre zu einer Konferenz zusammenberufen worden.

Die Gewerkschaften haben im übrigen zur Lage in folgender Erklärung Stellung genommen:

„Die vom Arbeiterrat der BVB. durchgeführte Urabstimmung hat eine Mehrheit für die Annahme des Verhandlungsergebnisses der Gewerkschaften nicht erbracht. Nach Ansicht der am Tarifvertrag beteiligten Verbände ist aber auch keine Streikmehrheit erreicht worden. Die Gewerkschaften sehen sich daher außerstande, auf Grund dieser Situation einen neuen Lohntarifvertrag abzuschließen. Die Vertreter der Verbände sind zu heute mittag von dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats zu Verhandlungen geladen worden. Sie haben sich bereit erklärt, der Einladung des Aufsichtsratsvorsitzenden Folge zu leisten.“

Sturm auf die Stadtbahn

Die überraschende Stilllegung von Straßenbahn, U-Bahn und Autobus war in den Morgenstunden für die Hunderttausende Arbeiter, Angestellte und Beamten, die an ihre Arbeits- und Dienststellen wollten, von geradezu katastrophalen Folgen. Tausende legten den oft stundenlangen Weg zu Fuß zurück. Wer aber irgendwie die Möglichkeit hatte, mit der Stadtbahn fahren zu können, dem brennte die Sehnsucht diese Gelegenheit. Es setzte ein ungeheurer Ansturm auf die Stadtbahnzüge ein, die bald sämtlich bedrohlich überfüllt waren. Die Züge erlitten zum Teil erhebliche Verspätungen. Autodroschken waren in der Stadt und in den Außenbezirken ein sehr gefuchtes Objekt. Oft beobachtete man drei, vier oder fünf Passanten, einander völlig unbekannt, die sich gemeinsam eine Lage mieteten, um so schnell wie möglich in die Stadt zu kommen. Außerordentlich bezeichnend war die Haltung vieler männlicher und weiblicher Angestellten, die voll offensichtlicher Unruhe und Sorge darüber waren, daß sie nicht rechtzeitig ins Geschäft kommen würden. Man wird angesichts der Lage von allen Chefs weitestgehende Rücksichtnahme auf ihre Angestellten erwarten dürfen, besonders auf jene, die weitab von den Stadt-, Ring- und Vorortbahnen wohnen.

Zehntausende Radfahrer unterwegs

Durch den überraschenden Streikbeschluß bei der BVB. sind viele Berliner, die zur gewohnten

Stunde sich zur Arbeitsstelle begeben wollten, gezwungen gewesen, sich anderer Verkehrsmittel zu bedienen. Bereits in der 6. Morgenstunde hatten die Tagelöhner ein Geschäft, wie sie es seit Jahren nicht beobachten konnten. Besonders in der 8. Stunde war kaum eine leere Tasse zu sehen.

In den Außenbezirken hatten die Angestellten und Arbeiter, als sie von dem Streik erfuhr, die Räder vom Boden und aus dem Keller geholt, um auf diese Weise in die Stadt zu gelangen. Man konnte besonders in der Innenstadt, aber auch in den Industriegebieten Zehntausende von Rädern auf den Straßen beobachten. Größere Autodroschkenfirmen erwägen bereits, ob sie nicht den stillgelegten Park wieder in den Betrieb einsehen können. Allerdings wollen sie erst abwarten, wie die Aussichten des Streiks liegen. Eine Schwierigkeit besteht allerdings darin, daß mit der Haftpflichtversicherung und mit dem Polizeipräsidenten eine Regelung getroffen werden muß, da die neu in Betrieb genommenen Wagen nach Beendigung des Streiks wieder aus dem Verkehr gezogen werden müßten.

Alle Kraftdroschken im Verkehr

Der Polizeipräsident hat angeordnet, daß sämtliche Kraftdroschken, soweit sie verkehrsfähig sind, sofort in Betrieb genommen werden dürfen.

Der Fall Diels

Was hat der Oberregierungsrat ausgesagt?

In dem Konflikt zwischen dem Reich und Preußen hat die Reichsregierung ihr gewalttames Vorgehen vom 20. Juli sowohl damals wie später vor dem Staatsgerichtshof damit zu motivieren versucht, daß der preussische Staatssekretär Wegg vom Ministerium des Innern kommunistischen Führern Ratsschlüsse erteilt habe, wie sie nach außen hin legalität vortäuschen könnten. Diese Anschuldigung beruht auf dem Zeugnis des Regierungsrats Diels, der nach der Einrichtung des Reichskommissariats mit auffälliger Schnelligkeit zum Oberregierungsrat aufrückte. Staatssekretär Wegg hat die Darstellung des Oberregierungsrats Diels von Anfang an auf das energischste bestritten.

Das „8-Uhr-Abendblatt“ hat nun zu dieser Sache Mitteilungen gemacht, die geeignet sind, die Glaubwürdigkeit des Herrn Diels auf das schwerste zu erschüttern. Nach der Behauptung dieses Blattes hat Herr Diels dem Rechtsbeistand des Staatssekretärs Wegg, dem Rechtsanwalt Dr. Feder, freiwillig eingestanden, daß er niemals eine derartige Beschuldigung gegen Wegg erhoben habe und daß von einer Handlungsweise des Staatssekretärs Wegg, wie sie seitens der Reichsregierung ihm zur Last gelegt wird, nicht die Rede sein könne.

Demgegenüber erklärte die Reichsregierung in einem amtlichen Dementi, daß die feinerzeitigen Aussagen des Oberregierungsrats Diels protokolliert worden seien und absolut klar und eindeutig waren. Die Äußerungen Diels gegenüber dem Rechtsanwalt Dr. Feder könnten unter diesen Umständen nicht als sich haltig angesehen werden.

Dr. Feder hat im „8-Uhr-Abendblatt“ seine Behauptungen vollkommen aufrechterhalten. Wie wir nun weiter erfahren, ist dies für die Reichsregierung ein Anlaß gewesen, um das „8-Uhr-Abendblatt“ mit einer Aufklärungsschrift zu versehen, die es am heutigen Tage an der Spitze des Blattes bringen muß. In dieser Aufklärungsschrift heißt es:

Die Behauptung, daß Oberregierungsrat Diels unlängst den Rechtsbeistand des Staatssekretärs Wegg, Rechtsanwalt Dr. Feder, in seinem Büro aufgesucht und ihm hierbei Mitteilungen über den Inhalt seiner Aussagen gemacht habe, ist ebenfalls frei erfunden.

Dieser Satz, der für untunliche Leser das ganze Gespräch Feder-Diels als nicht gewesen und erfunden hinstellt, kümmert sich in Wirklichkeit an eine Neugierlichkeit. Er ist so zu lesen, daß der Ton auf den Worten „in seinem Büro“ und „hierbei“ liegt. Es ist nämlich in der Darstellung des „8-Uhr-Abendblattes“ nur der eine nebenfällige Umstand anzudeutend gewesen, daß die betreffende Besprechung im Büro des Herrn Dr. Feder stattgefunden habe. Sie hat stattgefunden im Haus der Berliner Presse, Tiergartenstraße. Daß die Unterredung als solche stattgefunden und den im „8-Uhr-Abendblatt“ wiedergegebenen Inhalt gehabt hat, kann jederzeit durch das eibliche Zeugnis des Dr. Feder sowie auch durch das von ihm gleich im Anschluß an die Unterredung angefertigte Protokoll nachgewiesen werden.

Wenn man in dieser Sache der Reichsregierung bzw. dem Reichskommissar selber den besten Glauben zubilligen will, so steht doch die Unzuverlässigkeit des Zeugen, auf den sie ihre Annahme über das Verhalten des Staatssekretärs Wegg stützt, nach diesen Vorgängen fest. Herr Diels, der gegenüber der Reichsregierung den Mund voll nimmt, gegenüber dem Rechtsbeistand des Dr. Wegg wehmütig alles widerruft, er kann als kassischer Zeuge — und am allerwenigsten einem Mann wie Dr. Wegg gegenüber — wahrlich nicht gelten. Wägen Papen und Bracht subjektiv von der Aussage des Herrn Diels überzeugt gewesen sein, objektiv verdiente dieser Mann keinen Glauben und damit war auch objektiv das an seine Aussage geknüpfte Vorgehen der Reichsregierung gegen Preußen unberechtigt.

Schmeißt ihn raus!

Der Staatsstreich von Eutin

Wie die Papen fungen, so zwitschern die Jungen. Der Hinauswurf des Bürgermeisters von Eutin durch den nationalsozialistischen Regierungspräsidenten Böhmer, worüber wir bereits im Morgenblatt berichteten, hat aber nicht nur eine groteske, sondern auch eine sehr ernste Seite. Wie nämlich der hinausgeworfene Bürgermeister Dr. Stoffregen in der Hugenberg-Presse erklärt, liegt der tiefere Grund seiner gewalttätigen Absetzung darin, daß die Nationalsozialisten unter allen Umständen die von ihm angelegten Akten über die halbschwarzen Bombenattentäter in die Hand bekommen wollten. Dr. Stoffregen führt darüber folgendes aus:

„Die städtische Polizei hat in dieser Angelegenheit sehr erfolgreich gearbeitet, und die Staatsanwaltschaften in Altona und in Lübeck haben mir als dem Inhaber der Polizeigewalt ausdrücklich strengstes Stillschweigen auferlegt. Alle Versuche der Nationalsozialisten, näheres über die Ermittlungsergebnisse in Erfahrung zu bringen, blieben daher auch erfolglos, so daß sie sich schließlich zu einer Gewaltmaßnahme entschlossen haben. Ich wurde heute abend durch ein Kommando von drei Mann, sozusagen unter polizeilicher Bedeckung, auf die Straße geführt. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte wurde ein nationalsozialistischer Angestellter der Regierung, namens Kahl, der auch Magistratsmitglied in Eutin ist, beauftragt.“

Die Zustände unter der „grundsätzlich neuen Staatsführung“ spotten jeder Beschreibung. Die Absetzung des politischen Gegners mit Brachialgewalt zu dem Zweck, politische Parteigänger der Strafverfolgung zu entziehen, — das ist der „autoritäre Rechtsstaat“, wie er lebt und atmet. Wer will, daß wieder die elementarsten Grundsätze von Recht und Gesetz gegenüber einer schrankenlosen Willkür hergestellt werden, der sorge am 8. November dafür, daß jeder Liste 2 wählt!

Röver erklärt was

Nach der neuesten Heldentat der Röver-Regierung wird unsere Leser eine Zuschrift dieser Regierung an den „Vorwärts“ interessieren, die Herr Röver irrtümlich als „Berichtigung“ gemäß § 11 des Pressegesetzes bezeichnet. Das „Staatsministerium“ von Oldenburg schreibt uns nämlich:

„Die in dem Artikel „Die Nazisleite von Oldenburg“, der in der Nr. 501 Ihrer Morgenausgabe vom Sonntag, dem 23. Oktober 1932, erschienen ist, enthaltenen Mitteilungen:

„Braune Parteibuchwirtschaft“, „Ganz einseitig ist die Personalpolitik der Regierung“,

„Zum anderen stoßen sie sich an der ewigen öffentlichen Schimpferei des Ministerpräsidenten Röver“,

„Der Ministerpräsident belegte diese Haltung der verantwortlichen kirchlichen Personen mit den schärfsten Ausdrücken und Drohungen“ sind unrichtig.

Die getriebene Beamtenpolitik ist vollkommen eindeutig im Sinne des Berufsbeamtenrechts. Kein nationalsozialistischer Landesbeamter genießt einen Vorzug vor anderen Landesbeamten.

Die Staatsanwaltschaft hat das Strafverfahren gegen den oldenburgischen Ministerpräsidenten wegen Bedrohung des Oberkirchenrats in der bekannten Kwami-Angelegenheit eingestellt, da die Nachforschungen nicht den Schatten eines Beweises gegen ihn erbrachten.

Ganz abgesehen davon, daß der Herr Ministerpräsident und Röver das Pressegesetz herzlich schlecht kennt, ist diese Zuschrift doppelt interessant, weil sie durch den Staatsstreich von Eutin sofort die schlagendste Widerlegung fand.

Zu allem übrigen wird noch bekannt, daß die Rövermehrheit der Stadtverordneten von Stadt Oldenburg soeben die Amtsenthebung des nicht-nationalsozialistischen Oberbürgermeisters beschlossen und das Staatsministerium aufgefordert hat, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Röver kann also wieder eine Abteilung Schwarzaue schicken, um zu beweisen, daß „die getriebene Beamtenpolitik“ ganz dem Befehle entspricht.

Nazi-Brandbomben

Ein neuer Schandstreich

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Hamburg, 3. November.

In dem Altonaer Stadtteil Klein-Flottbek fand am Mittwochabend eine von der Sozialdemokratischen Partei einberufene Versammlung statt, in der der Oberbürgermeister der Stadt Altona, Max Brauer, als Redner angekündigt war. Kurz vor Beginn der Versammlung wurde von einer Gruppe Nationalsozialisten in einen Nebenraum des Lokals eine Brandbombe geschleudert, die sofort einen Schrank und andere Holzteile in Brand setzte. Wäre das Feuer nicht rechtzeitig entdeckt worden, so hätte das Attentat bei einem Uebergreifen des Brandes auf das überfüllte Versammlungslokal ein furchtbares Unglück anrichten können. Daß das Attentat wohl vorbedacht war, geht aus einer Drohung hervor, die von SA-Leuten gegen Oberbürgermeister Brauer in einer früheren Versammlung ausgesprochen wurde, indem man ihm, als er von dem SA-Wort in Potempa sprach, zurief: „Auch du kommst an die Reihe!“ Außerdem hat man dem Inhaber des Lokals, auf das das Attentat verübt wurde, am Abend vorher durch SA-Leute sagen lassen: „Morgen bei der SPD-Versammlung könnt ihr was erleben!“

Papen verordnet Frieden

Nach dem Wahltag darf keine Versammlung stattfinden

Amtlich wird mitgeteilt:

Der Reichspräsident hat durch eine auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung erlassene Verordnung ein mit dem Wahltag in Kraft tretendes Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen, also auch solcher in geschlossenen Räumen, erlassen, das zu dem in Kraft bleibenden Demonstrationsverbot

hinzutritt. Das Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen ist auf die Tage vom 6. bis 19. November 1932 beschränkt. Zweck dieses Verbots ist es, daß nach Abschluß des Wahlkampfes eine Entspannung der durch ihn hervorgerufenen starken politischen Erregung eintritt, und daß den Polizeibeamten, an deren Dienst die letzten Wochen erhöhte Ansprüche gestellt haben, eine Ruhe- und Erholungspause gegönnt wird.

Nazischmühe verhaftet

Nach Fahnenraub gewalttätig

Düren, 3. November.

Gestern nachmittag rief ein junger Nationalsozialist am Gewerkschaftshaus eine rote Fahne mit den drei Pfeilen ab. Er wurde daraufhin von einigen Reichsbannerleuten gestellt. Es kam zu einem Kampf, in dessen Verlauf der Nationalsozialist eine Pistole zog und mehrere Schüsse abgab. Ein Reichsbannermann erhielt einen Unterschenkel- und einen Streifschuss. Der Nationalsozialist, der nunmehr flüchtete, konnte in der Innenstadt verhaftet werden.

Die Schießerei in Meiderich

Duisburg, 3. November.

Zu den politischen Zusammenstößen, die sich am Sonntag im Stadtteil Meiderich abspielten und bei denen ein 13-jähriger Knabe erschossen wurde, veröffentlicht die Politische Polizei einen Bericht, in dem es heißt, daß nach einwandfreien Feststellungen und nach dem Geständnis von vier Mitgliedern der RSDAP, die an den Zusammenstößen beteiligt waren, diese Schusswaffen mitgeführt

Harzburger Wahrheiten

Göring: SA. half den feinen Leuten

Je heftiger der Wahlkampf wird, um so erbitterter werden die Angriffe der Nazis gegen die Deutschnationalen. Am letzten Sonntag sprach Herr Göring in Frankfurt a. M. nach dem Bericht des „Völkischen Beobachters“ zeichnete er dabei in schärfster Weise Herrn Hugenberg und die Deutschnationalen, die jetzt ihre Masse fallen ließen. Intelligenz und Gemeinheit hätten sich hier vermählt. Außerdem aber fügte Herr Göring hinzu: „Unser SA. war es, die die Straße erst wieder frei machte, damit die Hugenbergianer heute in Frankfurt und Jülicher überhaupt noch Feste feiern können.“ Ausgezeichnet, Herr Göring, und in jeder Beziehung richtig! Die SA. Adolf Hitlers, die nichts für das deutsche Volk geleistet hat, kann ein Verdienst unvorgesprochen für sich in Anspruch nehmen: sie hat den Hugenbergianern die Möglichkeit gegeben, in Frankfurt und Jülicher Feste zu feiern, während das Volk hungert!

Im Tiergarten erschossen

Auf einer Bank im Tiergarten wurde heute früh ein junger Mann erschossen aufgefunden. Nach dem Befund scheint Selbstmord vorzuliegen. Der Lebensmüde, ein 23-jähriger Alfred A. aus der Friedberger Straße, hatte sich aus einer Pistole, die neben dem Toten lag, einen Schuß in die Herzgegend beigebracht. Das Motiv zur Tat ist noch unbekannt.

Kriegsgericht tagt

Der Untergang der „Niobe“

Kiel, 3. November.

Heute früh begann pünktlich vor dem Kriegsgericht des Befehlshabers der Aufklärungsstreitkräfte die Verhandlung gegen den Kommandanten des gesunkenen Segelschiffes „Niobe“, Kapitän Kuhfus. Die Verhandlung wird geleitet von dem Marinekriegsgerichtsrat Schuch. Als Anklageverleter amtiert Marinekriegsgerichtsrat Becker. Dem angeklagten Kommandanten stehen als Verteidiger ein Seeoffizier, Kapitänleutnant Kogge, und ein Jurist, Rechtsanwalt Rathje, zur Seite. Das Kriegsgericht setzt sich zusammen aus einem Marinekriegsgerichtsrat und zwei Beisitzern. Von den Beisitzern ist nach gefälliger Bestimmung einer im Range eines Kapitänleutnants, der andere im Range des Angeklagten, in diesem Falle also ebenfalls ein Kapitänleutnant.

Die Anklage legt zunächst die Umstände dar, unter denen das Unglück stattfand. Sie verweist darauf, daß eine strafrechtliche Verantwortung für den Seeoffizier nicht in Frage kommt, da der Kommandant seit 1 1/2 Stunden an Deck war und die Schiffsführung in die Hand genommen hatte. Das Entweichen einer dunklen Wolkenwand über Fehmarn wurde von der Schiffsführung rechtzeitig beobachtet und sorgfältig verfolgt. Die Obersegel wurden geborgen. Für die Wache wurde Volzeug ausgegeben. Im übrigen wurde der übliche Dienst fortgesetzt, da beunruhigende Anzeichen nicht zu beobachten waren. Um 14.27 Uhr erfolgte plötzlich der Einfall einer W. die das Schiff in ganz kurzer Zeit nach auf Wasser brach. Die sofortige gefährliche Schräglage hat den Versuch vereitelt, das Schiff durch Kuderlegen aufzurichten.

Hafenkreuzpastoren

Die Hafenkreuzpastoren unter den protestantischen Geistlichen hat in den letzten Monaten auch in Bayern, vor allem im fränkischen, so stark um sich gegriffen, daß der Präsident des evangelisch-lutherischen Landeskirchenrats sich zum Einschreiten gezwungen sieht. Im Kirchenamtsblatt wendet er sich mit einem Wort „ernstester Mahnung“ grundsätzlich gegen die politische Betätigung der Geistlichen überhaupt und verurteilt im besonderen die nationalsozialistische Gruppe des protestantischen Klerus, die die unbedingt einzuhaltende Linie der gebotenen Zurückhaltung weit überschritten und den Dienst der Kirche geschädigt habe. Der Kirchenpräsident verpflichtet alle Geistlichen, sich unbeschadet ihrer eigenen politischen Überzeugung im öffentlichen Auftreten einer streng überparteilichen Haltung zu befleißigen und will seine Bekannmachung als letzte Warnung gemeldet wissen, damit es ihm erspart bleibe, gegen Träger des geistlichen Amtes vorgehen zu müssen.

„Vorwärts“-Händler niedergeschlagen

Heute morgen gegen 1/5 Uhr wurde Genosse Fritz Schmidt, als er am Straßenbahnhof II, Müllerstraße, den „Vorwärts“ verteilte, von Nazis und Kommunisten hinterrücks überfallen und der Zeitungen beraubt. Nur dem Zufall, daß gerade eine Schuposstreife vorüberkam, ist es zu danken, daß Gen. Schmidt keinen ernstlichen Schaden erlitt.

Die Radikaldemokratische Partei legt Wert auf die Mitteilung, daß sie ihre Reststimmen aus den Wahlkreisen der Reichsliste der Sozialdemokratischen Partei zuführt.

Verderber Deutschlands

Sie dürfen nicht plakatiert werden

Eisenach, 3. November.

Am Volkshaus in Eisenach hatte die Sozialdemokratische Partei ein 4 Meter langes Wahlplakat mit der Aufschrift: „Die drei Verderber Deutschlands“ aufgehängt. Rechts und links auf dem Plakat befanden sich die Bildnisse Hitlers und Thälmanns, in der Mitte ein unbekanntes Gesicht mit der Freierrkrone. Das Plakat erregte den Anzettel der Polizei. Gestern nachmittag erschien ein Kriminalbeamter in Begleitung von zwei uniformierten Beamten und ließ unter spöttischen Zurufen der Arbeiter das Plakat abnehmen. Zwei Genossen, die das Transparent zur Polizei bringen sollten, lehnten das ab; der Beamte mußte sich selbst damit abquälen.

Die Gottgesandten...!

Gayl will leben oder — sterben!

Wolff Hitler liebt es, sich in seinen mystisch-verworrenen Reden als ein Werkzeug der Vorsehung hinzustellen, das dazu ausersehen ist, dem deutschen Volke die Rettung zu bringen. Solche Worte läßt auch die Allchristlichkeit nicht schlafen, die heute die Reichsregierung bilden und sich bemühen, den „christlichen Staat“ wieder aufzurichten. Papen ist ein starrer Katholik, war, trotz geschäftlicher Reigungen, bis vor kurzem sogar Zentrumsgesandter. Freiherr von Gayl dagegen, sein Gehilfe in inneren und Verfassungsänderungsfragen, ist ein ebenso starrer Protestant. Als solcher hat er gestern auf einer Veranstaltung des Gustav-Adolf-Vereins eine Rede gehalten, in der er — augenscheinlich in bewußtem Gegensatz zu dem katholischen Papen — sich als evangelischer Reichsinnenminister vorstellte und dabei die folgenden netten Sätze einfließen ließ:

„Es ist nun einmal so in der Welt, daß Männer die Geschichte machen, die sich rückhaltlos einsetzen für das als richtig erkannte Ziel bis zum Einzug ihres Lebens... So eingestellte Männer machen

Die Kamarilla

Die Meldung des „Vorwärts“ von einem Zehn-Männer-Gremium, das Gayl bei seinen Verfassungsplänen berät, wird offiziös bestätigt.



v. Gayl: „Immer herein, meine Herren. Wer Sie sind, braucht das Volk nicht zu sehen! Das ist autoritäre Staatsführung.“

Geschichte, und sie bleiben lebendig im Herzen des Volkes. Das Volk will wissen, daß seine führenden Männer jede Stunde bereit sind, sich persönlich einzusetzen und für die Erreichung ihres Zieles mit dem Leben zu zahlen, wenn dieses Ziel keine Erfüllung persönlicher Ehrgeizes, sondern eine große, tragende Idee von volkswelter Bedeutung ist. Im Lärm und in der wilden Hege und Verdrehung, die heute in unserem öffentlichen Leben herrschen, tritt diese Sehnsucht des Volkes nach Männern, die sich tatsächlich einsetzen, scheinbar in den Hintergrund, oft zugunsten vollstimmlich redender Demagogen. Dennoch besteht sie... Alle wirklich großen Führer eines Volkes oder einer Glaubensgemeinschaft sind Gottes Werkzeuge gewesen, gleichviel, ob sie sich dessen bewußt waren oder nicht.“

Das klingt beinahe so großartig, als ob es von Friedrich Wilhelm IV gesprochen wäre!

Wir nehmen geziemend davon Kenntnis, daß die Regierung der Barone nach ihren Ankündigungen „Geschichte machen“ will. Wir nehmen ferner Akt davon, daß zumindest Baron Gayl, da er doch als evangelischer Reichsinnenminister seine Verfassungsänderungspläne durchsetzen will, sich als Werkzeug Gottes betrachtet, bereit ist, für seine Ablichten sein Leben zu lassen! Befehden, wie es sich für Untertanen gebührt, worten wir darauf.

Der neue Präsident des Archäologischen Institutes, Professor Theodor Wiegand in Berlin, ist loben vom Reichskabinet zum kommissarischen Präsidenten des Archäologischen Instituts ernannt worden. An Stelle des bisherigen Präsidenten Professor Gerhart Rodenwaldt, der die ordentliche Professur für Klassische Archäologie an der Universität Berlin angenommen hat, Professor Wiegand, der dieser Tage sein 68. Lebensjahr vollende, hat mit seinen Ausgrabungen in Priene, Milet, Baalbel praktische Arbeit in der Spaltenforschung geleistet, er hat als Berliner Museumsdirektor die Vollenbung der Neubauten für die Antikensammlungen betrieben und die Sammlungen neu aufgestellt.

Die Urania bringt Freitag, 8.15 Uhr, Vulkanstr. 59, einen Lichtbildvortrag von Heinrich Trampe über eine Ueberquerung der La Meije (1907 Weste hoch) in den französischen Ebdelsen.

Wetter für Berlin: Mild, zeitweise abnehmende Bewölkung, keine Regenfälle von Bedeutung, westliche Winde. — Für Deutschland: Im Süden trocken und ziemlich heiter, auch im Westen und Mitteldeutschland Wetterbesserung, im Osten noch ziemlich trübe mit Strichregen.

Der neue Prozeß Bullerjahn

Oberreichsanwalt will wieder hinter verschlossenen Türen verhandeln — Reichsgericht lehnt ab

Leipzig, 3. November.

Unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten des 4. Strafsenats am Reichsgericht Dr. Büniger begann am Donnerstag, wie angekündigt, das Wiederaufnahmeverfahren im Falle des Oberlagerverwalters der Berlin-Karlshofer Industriewerke Walter Bullerjahn, der am 11. Dezember 1925 von demselben Strafsenat unter dem Vorsitz des Reichsgerichtsrats Rosenthal wegen Landesverrats zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war.

Der Beginn verzögert sich etwa um eine halbe Stunde. Die Klage wird durch den Oberreichsanwalt Dr. Werner persönlich vertreten, dem Reichsanwalt Dr. Nagel zur Seite steht. Für Bullerjahn ist Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld-Berlin erschienen. Als militärischer Sachverständiger ist Major Himer vom Reichswehrministerium anwesend. Zeugen sind für den ersten Verhandlungstag noch nicht geladen. Sie treten also erst im späteren Verlauf der Verhandlung in die Erscheinung.

Der Vorsitzende Dr. Büniger machte nach Eröffnung der Verhandlung darauf aufmerksam, daß es sich hier keineswegs um eine politische Sache handle, sondern nur darum, ob ein Mensch schuldig sei oder nicht. Die Frage sei dadurch neu aufgerollt worden, daß das

Wiederaufnahmeverfahren für begründet erklärt

worden sei. Die Sache liege anders als in einem Fall, wo etwa das Wiederaufnahmeverfahren nur für zulässig erklärt werde. In einem solchen Stadium sei das Verfahren gewissen Beschränkungen unterworfen. Bei der begründeten Wiederaufnahme des Verfahrens sei die Lage genau so wie bei Eröffnung des Hauptverfahrens selber. Die Rechtsfrage davon sei, daß nun aber auch manches überholt sei und keine Bedeutung mehr

habe. Der Vorsitzende empfahl daher, alles Ueberflüssige beiseite zu lassen.

Sodann wird festgestellt, daß der Angeklagte Walter Bullerjahn am 10. September 1893 in Hamburg geboren wurde und zur Zeit der ihm zur Last gelegten Tat 32 Jahre alt war. Er ist verheiratet. Sein Vater, ehemaliger Militärmusikmeister, ist seit längerer Zeit tot. Erzogen wurde Bullerjahn im holsteinischen Militärwaisenhaus.

Sodann wird der erste Eröffnungsbeschluss vorgelesen, ferner das Urteil vom 11. Dezember 1925, sowie der Beschluss des Reichsgerichts, in dem das Wiederaufnahmeverfahren für begründet erklärt wird, da in der Zwischenzeit gewisse Tatsachen festgestellt worden seien, die dem Senat bei seiner Urteilsfällung noch nicht bekannt waren, vielleicht aber, wenn sie bekannt gewesen wären, ein anderes Ergebnis in der Urteilsfällung hätten herbeiführen können.

Hierauf beantragt Oberreichsanwalt Dr. Werner für die ganze Dauer der Verhandlung den Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatssicherheit.

Er erklärt: Ich verkenne nicht, daß es an sich erwünscht ist, in voller Öffentlichkeit zu verhandeln, weil sich die Öffentlichkeit in ganz besonderer Maße schon seit längerer Zeit für dieses Verfahren interessiert hat und weil in der Öffentlichkeit über den Sachverhalt Mitteilungen gemacht worden sind, die jedenfalls den Sachverhalt nicht richtig wiedergeben. Aber so hoch ich dieses Interesse einschätze, es müßte nach meinem Dafürhalten gegenüber den größeren wichtigeren Interessen der Staatssicherheit zurücktreten. Der Oberreichsanwalt beantragt ferner, über seinen Antrag auf Ausschließung der Öffentlichkeit in geheimer Sitzung zu verhandeln.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld widerspricht

diesem Antrag aufs entschiedenste, der in der Öffentlichkeit die größte Entrüstung hervorrufen würde. Der Oberreichsanwalt habe selbst darauf hingewiesen, daß es wünschenswert wäre, diesen Prozeß in vollem Lichte der Öffentlichkeit durchzuführen. Die Öffentlichkeit habe sich mit Recht in ganz besonderer Weise für den Prozeß interessiert. Das sei auch nicht erstaunlich, nachdem durch Gutachten von fünf hervorragenden Professoren der Rechtswissenschaft

erhebliche Mängel des Urteils des Reichsgerichts festgestellt

morden sind. In der Öffentlichkeit seien einige Tatsachen unbestritten bekanntgegeben worden, die die Ueberzeugung bringen mußten, daß die Grundlagen, auf denen das Urteil beruht, stark erschüttert sind. Es seien wahrscheinlich dieselben Tatsachen, die das Reichsgericht zu seinem Wiederaufnahmebeschluss veranlaßt hätten. Gegen eine zeitweilige Ausschließung der Öffentlichkeit habe die Verteidigung nichts einzuwenden.

Der Oberreichsanwalt erwidert darauf, daß er über die Motive seines Antrages nicht vor der Öffentlichkeit sprechen könne.

Darauf zieht sich das Gericht zu geheimer Beratung über den Antrag des Oberreichsanwalts zurück.

Es wird öffentlich verhandelt.

Nach etwa einstündiger Beratung verkündete der Senatspräsident Dr. Büniger den Beschluss des Gerichts: „Der Senat hält es nicht für geboten, die Öffentlichkeit für die Dauer des Prozesses auszuschließen. Hierbei behält sich der Senat vor, die Öffentlichkeit von Fall zu Fall auszuschließen.“

Darauf wurde mit der Vernehmung Bullerjahns begonnen.

Politik... sichtbar gemacht

Ausstellung des Zentralinstituts

Statistik ist vielleicht die windigste aller Wissenschaften; es läßt sich damit, wenn man will, alles beweisen. Erst recht ist Vorsicht geboten, wenn statistische Behauptungen in bildlicher Darstellung erscheinen. Jedoch wenn diese Projektionen und Bildchen mit gebührender Kritik betrachtet werden, und wenn man stets berücksichtigt, wer sie schuf, ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, ob ein wissenschaftliches Institut oder ein Propagandachef, dann dürfen auch diese Anschauungsmittel sowohl für die allgemeine Erörterung als auch für Unterrichtszwecke benutzt werden. Darum ist es zu begrüßen, daß im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Potsdamer Straße 120, zur Zeit täglich von 10 bis 18, Sonntags von 10 bis 14 Uhr, eine systematisch geordnete Zusammenstellung besonders interessanter Bildbarstellungen politischer, wirtschafts- und sozialpolitischer, geo- und kulturpolitischer Themen zu sehen ist. An der Ausstellung beteiligen sich zahlreiche Wirtschaftsverbände, verschiedene Ministerien und Reichsämter, im besonderen das Statistische Reichsamt und die Zentrale für Heimatdienst mit dem ihr angeschlossenen Deutschen Lichtbilderdienst, beteiligen sich ferner die Stadt Berlin, die Lusthansa, sachwissenschaftliche Museen und Institute und private Verlage. Die Gewerkschaften sind nicht vertreten, wohl aber die Arbeitgeberverbände.

Für die Beurteilung solcher Darstellungen ist die Methode maßgebend: wirkt sie oder verpufft sie, entwirrt sie das Problem und, was die Hauptsache ist: gibt sie das Wesentliche auf den ersten Blick? Darstellungen, die viel Nachdenken verlangen, sind unzweckmäßig. Im großen und ganzen darf man sagen, daß neben der sogenannten Wiener Schule, die nur durch kunstgewerbliche Kofetterie und monomane Mathematik zuweisen unendlich wirkt, die Methode, die der Deutsche Lichtbilderdienst anwendet, die wirksamste ist: diese Bilder sind immer interessant und leicht erkennbar, vor allem hüten sie sich, zuviel zu geben. Im Laufe der Jahre hat der Lichtbilderdienst viele hundert graphische Darstellungen politisch wichtiger Tatsachen herausgegeben und in regelmäßig erscheinenden Hefen zusammengefaßt.

Es gibt selbstverständlich auch bei dieser Pädagogik mancherlei Komisches; wenn etwa Papens Wirtschaftsjahresplan als Uhrwerk gezeigt wird, wie die Mittel des Reiches als Steuerchein in das Kaderwert der Wirtschaft fallen und der Apparat zu laufen beginnt, so kann man nur sagen: Ihr Bild in Gottes Auge. Es gibt auch Bedenkliches, ja geradezu irreführende Propaganda; dazu gehören die Darstellungen zum Thema Abrüstung und Luftabwehr. Es ist absichtsvolle Theorie, die gesamte Heeresmacht Frankreichs, Belgiens, Italiens, der Tschechoslowakei und Polens in einem gewaltigen eisernen Ring um Deutschlands einziges Behrhauslein zu gruppieren, oder sämtliche Flugzeuge Frankreichs auf einmal gen Berlin rollen zu lassen. Auch eine Darstellung der Arbeitgeberverbände gehört in diese Gruppe des Bedenklichen; es wird gezeigt, wie der Realstundenlohn in den Jahren

1925 bis 1932 von 80 auf 110 gestiegen ist, während der Gesamtreallohn und das gesamte Gehaltseinkommen von 80 auf 72 fielen: der naive Betrachter könnte leicht den Eindruck erhalten, daß der tarifmäßige Stundenlohn ausschlaggebend für den Wohlstand der Arbeitnehmer sei.

Besentlich harmloser sind Darstellungen, die zeigen, wie der Pariser Vertrag auf die deutsche Wirtschaft gewirkt hat, oder wie die Reparationen in die B. I. J. flossen und von dort durch die europäischen Siegerländer in die Taschen von USA. Auch die Vorführungen der Berufsentwicklung des deutschen Volkes kann man gläubig hinnehmen; 1882: 40 Proz. Land- und Forstwirtschaft, 1925 nur noch 23 Proz. Nicht minder einwandfrei sind die Einzeichnungen der Standorte der deutschen Maschinenindustrie oder ähnlicher Erscheinungen, die bildlich gemachten Kurven der Sparaffen, des Wohnbedürfnisses und dessen Erfüllung, der Kohlenförderung und des Elektrizitätsverbrauches. Die Kohlenförderung betrug 1900: 118 Millionen Tonnen, 1913: 200, 1929: 202, 1931: 148 Millionen Tonnen. Der Verbrauch der Industrie mit 34 Proz. liegt unwesentlich höher als der Hausbrand mit 29 Proz. der Förderung. Hat das Volk kein Geld, mangelt es der ganzen Welt.

r. br.

Kleines Kunstallerlei

Porza, Kunstgemeinschaft, KDW.; Hans v. Marées und Marcks

Der Porza sind von der Dresdner Bank am Reichskanzlerplatz (Kaiserdamm 39) unentgeltlich Ausstellungsräume überlassen worden, und sie hat dort eine sehr anziehende und sozial wirkende Schau eröffnet: Zeichnungen und Aquarelle von abgebauten Kunstlehrern und -lehrerinnen, die ausnahmslos mit 3 bis 50 Mark zum Verkauf stehen. Den recht übereilt und sinnlos entlassenen Kunstlehrern, deren Arbeiten schon die Kunstgemeinschaft und das ehemalige Kunstgewerbemuseum zeigte, geht es schlecht. Das wäre freilich noch kein Grund, ihre Aquarelle zu loben. Sie sind aber fast durchgängig so trefflich gemalt, künstlerisch so heiter und gelockert, daß man dem warmerhitzigen Unternehmen nur ausgiebigen Erfolg wünschen möchte.

Die Deutsche Kunstgemeinschaft im Schloß steht auch noch dem Tode ihres verdienstvollen Begründers Heinrich Schulz ihre Tätigkeit mit gleicher Tendenz des Abzahlungsverkaufs und guter Qualität des Ausgestellten fort. Unter dem Titel „Einem Sommer lang“ zeigt sie die jüngste Ausbeute ihrer Mitarbeiter; schöne Bilder und Aquarelle von Krauskopf, Sandkuhl, Gawell, Breininger, Fritsch, Pechstein sind besonders zu rühmen.

Endlich stellt auch der Verein Berliner Künstlerinnen eine hübsche und bequem erreichbare Kollektion seiner Mitglieder aus, nämlich im Kaufhaus des Westens, unter dem einheitlich durchgeführten Stichwort „Rund ums KDW“.

Kores-Stemmler, Ina Breusing, M. Winkler, Julie Wolfthorn, Anni Schröder haben sehr liebenswürdige Beiträge zu dem vielversprechenden Thema geliefert.

Zu Flechtheim lockt die Aussicht, hundert unbekannt Zeichnungen von Hans v. Marées aus einer Privatammlung zu finden. Die Blätter sind fast durchgängig von hohem und höchstem Rang. Marées legte ja schon in die ersten stüchtigen Skizzen soviet Geist und Nachdruck, daß die Betrachtung seiner Handzeichnungen Unendliches über ihn aussagt und den reinsten künstlerischen Genuß vermittelt. Die neuen Skulpturen von Gerhard Marcks bei Flechtheim sind ebenso voll Gelingens wie voller Problematik; besser mag man ihn in den Zeichnungen und Holzschnitten würdigen.

p. l. sch.

Weiß Ferdl im Film

Primuspalast

Weiß Ferdl möchte man gerne über die Grenzen des Bayernlandes hinauswachsen lassen. Seine große Beliebtheit in Bayern reklamiert ihn für dieses Land, genau wie früher Patachon durch seine Volkstümlichkeit fast ausschließlich in Dänemark festgehalten wurde. Doch der Aufstieg, der einst einem dänischen Clown möglich war, ist für Weiß Ferdl unmöglich. Ist doch ihre filmische Ausnutzung von Grund auf verschieden; denn Patachons Clownmimik und sein artistisch geschultes Spiel mit dem Körper ist international verständlich, während Weiß Ferdl nur Sprechkomiker ist. Als solcher ist natürlich dieser rundliche Mann, dem die Nase gleich einem unglücklichen Pitz aus dem Gesicht wächst und der einen Mund macht wie ein nach Luft schnappendes Fisch, für Dialektstücke vorzüglich. Selbst bei dem schlechten Manuskript des „Schäufelkäfigs“ lacht man über ihn. Hier muß er sich andauernd mit einem Berliner jantzen, bis seine Tochter dessen Sohn heiratet. Inzwischen erlebt man dann noch ein Schützenfest mit allem drum und dran, das nicht nur eine Augenweide ist, sondern auch zur allgemeinen Hebung der Stimmung beiträgt. Der Berliner ist Max Adalbert, dem damit seine übliche Rolle des Schwadronners gegeben ist. Trotzdem kann Max Adalbert mehr als quasseln, er ist ein Charakterdarsteller, während Weiß Ferdl über eine einzige Paraderolle nicht hinauskommt. Franz Seib' Regie ist nicht gewillt, höheren Ansprüchen gerecht zu werden, e. b.

Neues aus den Berliner Museen. Im vorderen Umgang des Kaiser-Friedrich-Museums ist eine Schenkung an die Gemäldegalerie, Albrecht Altdorfers „Geburt Christi“ zur Zeit ausgeföhrt. Das Gemälde gehört zu den künstlerisch bedeutendsten Erwerbungen der letzten Jahre.

Das Schiller-Theater wird von Mitte nächster Woche ab einige Stücke in der „Kamödie“ spielen, um so dem fest engagierten Ensemble, das in „Robert und Bertram“ nicht voll beschäftigt ist, Gelegenheit zur Betätigung zu geben.

Das Operngastspiel im Hofe-Theater „Hänsel und Gretel“ muß wegen Erkrankung der Hauptdarsteller verschoben werden.

Schreckensurteil

63 Jahre Zuchthaus gegen Arbeiter

Nürnberg, 3. November.

Vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Nürnberg-Fürth ging jetzt die Verhandlung gegen 18 Arbeiter zu Ende, die nach der Anklage größtenteils der KPD angehören sollen. Sämtliche Arbeiter stammen aus Erlangen-Büchenbach. Sie waren wegen einfachen und schweren Land- und Hausfriedensbruchs aus politischen Gründen, schweren Aufrufs und Beamtenehrendung nach der strafsichernden Notverordnung angeklagt, die am Mittwoch vom 9. bis 10. August d. J. in Kraft trat.

Die Angeklagten waren beschuldigt, gemeinsam mit etwa 30 Arbeitern ungefähr eine Viertelstunde nach Inkrafttreten dieser Notverordnung in Büchenbach bei Erlangen nach planmäßiger Vorbereitung einen von ihnen für einen Nationalsozialisten gehaltenen Landwirt, dessen Familie und Bekannte, darunter Reichswehrsoldaten, die von einer Wirtschaft heimkehrten, beschimpft, bedroht, mißhandelt und mit allerlei Gegenständen nicht unerheblich verletzt zu

haben. Die Angeklagten bestritten zum größten Teil jede strafbare Handlung und irgendwelche Parteizugehörigkeit.

Der Staatsanwalt beantragte gegen vier Angeklagte Freisprechung, gegen 13 Angeklagte insgesamt 115 Jahre Zuchthaus und gegen jeden der Angeklagten fünf Jahre Ehrverlust. Das am Mittwoch verkündete Urteil sieht folgende Strafen vor: Sechs Angeklagte zu je 10 Jahre Zuchthaus, drei Angeklagte zu je einem Jahr Zuchthaus, ein Angeklagter sechs Monate Gefängnis, sechs Angeklagte wurden freigesprochen.

Zwangsarbeit!

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Wittenberg, 3. November.

Wir berichteten kürzlich, daß verschiedenen jugendlichen Wohlfahrtsunterstützungsempfängern des Landkreises Wittenberg vom Bezirksfürsorgeverband die Aufforderung zugegangen ist, sie sollten sich wegen Aufnahme von Arbeit beim freiwilligen

Arbeitsdienst, und zwar bei dessen Trägern, Stahlhelm und Jungdo, melden. In diesem Schreiben wurde angekündigt, daß der Bezirksfürsorgeverband sich vorbehalte, wenn die Arbeit nicht bis zu einem bestimmten Zeitpunkt aufgenommen worden sei, nachzuprüfen, ob die Bedürftigkeit zur Zahlung der Unterstützung noch weiterhin anerkannt werden könne.

Obwohl durch den Reichstagsabgeordneten Dr. Herz Beschwerde erhoben und von zuständiger Stelle auch Abstellung versprochen wurde, ist jetzt verschiedenen jugendlichen der Bescheid zugegangen, daß die Unterstützungszahlung eingestellt würde. In dem Schreiben heißt es u. a., daß den Arbeitslosen durch das Angebot der Beteiligung am freiwilligen Arbeitsdienst die Möglichkeit gegeben worden sei, sich selbst den notwendigen Lebensunterhalt zu sichern. Bei diesem sogenannten freiwilligen Arbeitsdienst, wie ihn der Bezirksfürsorgeverband einzuführen sich ansetzt, sind 90 Proj. des Weges zum Zwangsarbeitsdienst bereits zurückgelegt. Es wird höchste Zeit, daß dem dafür verantwortlichen Landrat plausibel gemacht wird, daß für sein Vorgehen die gefühlige Grundlage fehlt!

Ein Verleumder gestiftet

Der Redakteur des nationalsozialistischen „Vippischen Kurier“, Helmuth Pommerenke, der schon wiederholt wegen Beleidigung verurteilt wurde, wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er wahrheitswidrig in seiner Zeitung behauptet habe, Fehrenbach, der Redakteur des sozialdemokratischen Detmolder „Volkblatts“ habe seine Stellung als Sekretär des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner seine Stellung dazu bemittelt, Todesurteile gegen unschuldige Geiseln zu unterschreiben. Der Angeklagte mußte vor Gericht zugeben, daß er nicht in der Lage sei, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptung anzutreten.

Verantwortlich für Politik: Rudolf Beermann; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: D. Steiner; Freie Presse: Herbert Lepore; Lokales und Sonstiges: Fritz Rathke; Anzeigen: Otto Hennig; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Siehe 1. Beilage.

Beschäfts-Anzeiger

Ornen und Grabdenkmäler



Genossen: Unterstützt Eure eigenen Betriebe! Deckt Euren Bedarf an Urnen u. Grabdenkmälern nur in d. **Steinmetzhütte**, Gemeinützige G. m. b. H., Baumschulweg, Kiefernstr., gegenüber dem Krematorium. Tel.: F 3, Oberspree 1685. Lieferung nach allen Friedhöfen in Groß-Berlin. Bitte auf die Firma achten. Sonstige Gebühren. **Jetzt auch: Gerichtstr. 46, gegenüber Kremat. Seestr. 59, gegenüb. Urnenfriedhof**

Groß - Destillation
August Schulz
Dresdener Straße 135
Kottbuser Tor

Autobereifung * Wilhelm Grabs
Vertrieb in- und ausländischer Reifen
Autoreifen- und Schlauch-Reparatur-
Werkstätte / Autozubehör
Berlin SW 48, Friedrichstr. 249
Nabe Belle-Alliance-Platz - Tel. F 5 Bergmann 4736

KAUFHAUS Max Cohn
DAS HAUS DER GUTEN QUALITÄTEN
Grünstraße 23/24 Köpenick am Schloßplatz

Gläß & Ihle
Reparaturwerkstatt für graphische
Maschinen - Dreherei - Fräselei
Hobelei - Eig. Autogenschweißanlage
Berlin SW 68, Alexandrinenstr. 24-25
Tel.: A 7 Dönhoff 4204, Nachruf: D 8 Pankow 5803, F 5 Baerwald 2542

Trinkt **STEUER KAFFEE**
SEIT 25 JAHREN BESTEHEND
Gerichtstraße 57

Saure Gurken
in bester Qualität liefert
Paul Graßnick, Lichtenberg
Rittergutstraße 129a Telephone: E 5 2653

Musiker-Vereinshaus
Inh.: **Johann Nather, Kaiser-Wilhelm-Str. 31**
Empfehle meine Säle, Vereinszimmer
zu Festlichkeiten und Versammlungen

TACO
TACO-Kraftfahrzeugwerkstätten G. m. b. H.
Charlottenburg, Schönstr. 69, Wlth. 9223/24
Reparaturen sämtlicher Systeme
Filiale **TACO-AUTO-DIENST**
Carl Tauffenbach
Bin. NW 6, Luisenstr. 31a, Weidm. 2933
Bereifung / Autozubehör
Groß-Dampf-Vulkanisieranstalt

Greif Camemberl
die führende Marke
Erhältlich in allen Lebens-
mittel- und Feinkostgeschäften

Georg Rinneberg
Berlin-Steglitz Feraspr. 09 Albrecht 3895 Beymeistr. 3
Dieselmotoren - Treiböl - Dieselmotoren - Zylinderöl
Braunkohlenteeröl / Paraffinöl / Gasöl / Waschpetroleum
Heizöl / Braunkohlenteer-Benzin / Brau- Kohlenteer-
Pech-Rohes u. gebildetes Montarwachs Marke „Riebeck“
Paraffin - Riebeck-Kerzen

Julius Ehl Aufzüge
Reparaturen
Neulieferungen
Bin.-Wilmersdorf, Tübinger Str. 2 / Tel.: Pfalzburg 1433

Jalousie-Fabrik
Seit 1910
Ernst Garf, Inh. E. & J. Garf
SO. 38, Britzer Str. 7. Tel. F 1 Moritzpl. 3070

J. Andermann
Ges. m. b. H.
N 34, Memeler Str. 50, Fernspr. Königsstadt 3290/91

R. Blume g. m. b. H.
Bronze Bau / Eisen-Bau
Charlottenburg

Foto-Bedarf nirgends so preiswert wie bei
Rollfilm-Klappkamera, 6x9 mit Spezial-Apparat 1:8 in Varjo nur 18,00
Rollfilm-Springkammer „Fix-Focus“ mit Anastigmat 4,5 in Varjo nur 34,75
Klappkamera, 9x12, Doppelauszug, mit Anastigmat 4,5 in Varjo nur 42,75
Klappkamera in Rulox bis 1/300 Sec. nur 33,75, dto. in Comput nur 55,75
Metallkassette, 9x12, nur 0,50 Filmkassette, 9x12 nur 1,85
Verlangen Sie Liste V. kostenlos Zahlungserleichterung
FOTO-WUNNS GbR, N. 65, Chausseestr. 89 u. Fernstr. 33

Kartoffel-Kontor
G. m. b. H., NW 40, Heidestr. 30. - Hansa 4848.
liefert **Speisekartoffeln**
für Groß-Verbraucher,
Kantinen u. Behörden

Paul Miefner
Eisenwarenhandlung
Köpenick, Schloßstr. 13
Tel.: F. 4 Sommernummer 2905.

Ernst Hartmann
Tischlermeister
Tischlerei für Innenausbau
Geschäftseinrichtungen jed. Art
Gegründet 1869
Berlin NO 18, Pallasstr. 77
Fernruf E 3, Königsstadt 9413

2 KAPELLEN TÄGLICH TANZ
„MUNZHOF“ MONZSTRASSE ECKE
DRAGONERSTRASSE
WARME KOCHER GUTE BIERE

W. Ollendorf
Obst, Gemüse en gros
Dircksenstraße 48-49
Weidendam D 2 6032

Wurst Hauser Butter
Moabiter Halle
Stand 259/263 Stand 259 263

Fliesen
Fußboden- und
Wandbekleidung
Altdeutsche und
Veltener Ofen.
Niederlage
Baugesellschaft „Lapis“, Berlin N 31
Swinemünder Straße 67 Tel.: D 4 Humboldt 3810

Rind- u. Schweineschlächtere
Willy Gericke
Petersburger Straße 31.

Wiesen-Butter
Wiesner & Co., N 58, Wörther Str. 3
D 4 Humboldt 1055

Brillen-Dase
Badstraße 30 Müllerstraße 174
Prenzlauer Allee 204

Schuh - Industrie
Sämtliche Schuh-Reparaturen
schnell :: billig :: gut
BRITZ, Riesestraße, Ecke Blaschkoallee

Bequem, praktisch, sauber, billig
sind für Massen-Verpackung unserer tischfertigen, gebratenen
Fischfilets und Koteletts
welche in jeder gewünschten heiß in Thermoskisten in die Aus-
größe und zu jeder Tageszeit gabestelle geliefert werden
Langjähriger Lieferant Berliner Anstalten, Kantinen, Krankenhäuser
BERLINER BRATFISCHVERSORGUNG
HUGO KUNBERGER, Berlin N 20, Wriezener Straße 28
Tel. D 4, Humboldt 4574

F. PERLING Heringsräucherei
en gros - en detail
Berlin O 17, Langestraße 51

Zigarren - Zigaretten
Tabake
Hugo Schröder
Berlin S 42, Brandenburgstr. 82

Kliems Festsäle
Hasenheide 13-15
Tel. Baerwald 6565
3 Säle u. Vereinszimmer
zu kulantem Bedingungen

Tape'en
Linoleum
Tape'enhaus Hussack
NO, Wörther Straße 30

Verlange in
Marzkäse
nur
„Garbolzumer ist das Beste!“
„N. S. tadellos!“

Atlantic-Betriebe
Inh.: Paul Schönherr Ecke Badstraße am Bf. Gesundbrunnen
Prachtsäle für Vereine und Gewerkschaften
Bierschwemme - Groß-Betrieb - Restaurationsräume mit
großem Mittagstisch und 8 Spielmann-Kegelebahnen.

Groß - Destillation
B. Schulz
Früher: Kottbuser Tor
Jetzt: Dresdener Straße 7

Restaurant A. Pohst
Stargarder Str., Ecke Lychener Str.
Verkehrskal der Partei
und Reichsbanners

Franz Vogelgesang
jetzt zum
Eisbeinwirt
Lichtenberg, Möllendorferstr. 119

„Vorwärts“-Leser kauft in den Geschäften, die im „Vorwärts“ inserieren. Dort werdet Ihr gern gesehen!

Demokratie und Autokratie
Die Lehren der Geschichte
Von Theodor Mommsen

Freilich soll die Geschichte der vergangenen Jahrhunderte die Lehrmeisterin des Laufenden sein; aber nicht in dem gemeinen Sinne, als könne man die Konjunkturen der Gegenwart in den Berichten über die Vergangenheit nur einfach wieder aufblättern und aus denselben den politischen Diagnose und Rezepturkunst die Symptome und Specifica zusammenlesen, sondern sie ist lehrhaft einzig insofern, als die Beobachtung der älteren Kulturen die organischen Bedingungen der Zivilisation überhaupt, die überall gleichen Grundkräfte und die überall verschiedene Zusammenlegung derselben offenbart und so zum gedankenlosen Nachahmen vielmehr zum selbständigen Nachschöpfen anleitet und begeistert.

In diesem Sinne ist die Geschichte Cäsars und des römischen Cäsarismus, bei aller unübertriffenen Größe des Wertmeisters, bei aller geschichtlichen Notwendigkeit des Werkes, wahrlich eine schärfere Kritik der modernen Autokratie, als eines Menschen Hand sie zu schreiben vermag. Nach dem gleichen Naturgesetz, weshalb der geringste Organismus unendlich mehr ist als die kunstvollste Maschine, ist auch jede noch so mangelhafte Verfassung, die der freien Selbstbestimmung einer Mehrzahl von Bürgern Spielraum läßt, unendlich mehr, als der genialste und humanste Absolutismus; denn jene ist der Entwicklung fähig, also lebendig, dieser ist, was er ist, also tot. Dieses Naturgesetz hat auch an der römischen absoluten Militärmonarchie sich bewährt und nur um so vollständiger sich bewährt, als sie, unter dem genialen Impuls ihres Schöpfers und bei der Abwesenheit aller wesentlichen Verwicklungen mit dem Ausland, sich reiner und freier als irgendein ähnlicher Staat gehalten hat. Von Cäsar an hielt das römische Wesen nur noch äußerlich zusammen und ward nur mechanisch erweitert, während es innerlich eben mit ihm völlig verrottete und abstarb. Wenn in den Anfängen der Autokratie und vor allem in Cäsars eigener Seele noch der hoffnungsreiche Traum einer Vereinigung freier Volksentwicklung und absoluter Herrschaft waltete, so hat schon das Regiment der hochbegabten Kaiser des Julianischen Geschlechts in schrecklicher Weise gelehrt, inwiefern es möglich ist, Feuer und Wasser in dasselbe Gefäß zu lassen. Cäsars Wert war notwendig und heilsam, nicht weil es an sich Segen brachte oder auch nur bringen konnte, sondern weil, bei der antiken, auf Sklaventum gebauten, von der republikanisch-konstitutionellen Vertretung völlig abgewandten Volksorganisation und gegenüber der legitimen, in der Entwicklung eines halben Jahrhunderts zum oligarchischen Absolutismus herangereiften Stadtverfassung, die absolute Militärmonarchie der logisch notwendige Schlusstein und das geringste Uebel war. Wenn einmal in Virginien und den Carolinas die Sklavenhalteraristokratie es soweit gebracht haben wird wie ihre Wohlverwandten in dem Sullanischen Rom, so wird dort auch der Cäsarismus vor dem Geist der Geschichte legitimiert sein; wo er unter anderen Entwicklungsverhältnissen auftritt, ist er zugleich eine Frage und eine Usurpation.

(Aus: „Römische Geschichte“, Dritter Band.)

Kerzle hinter uns haben, und daß wir uns rapide zu neuer Höhe erheben werden.
(Juli 1930: Die meisten Amerikaner wären außerordentlich überrascht, wenn sie wüßten, wie ausgezeichnet die Geschäfte gerade jetzt gehen.
(September 1930: Im Frühling 1931, da wird alles wieder in Ordnung kommen!
(Oktober 1930: In drei Monaten wird die Depression zu Ende sein.

März 1931: Es sind jetzt wirklich gute Zeiten, leider wissen es nur wenige.
(Mai 1931: Ein guter Besuch der Pferderennen ist der beste Beweis, daß die Wirtschaft gesundet.
(Mai 1931: Von welcher Depression sprechen Sie? Ich weiß nichts davon.
(Januar 1932: Wir befinden uns in einer sehr ersten Lage.

Reaktion und Revolution
Von Macaulay

Die Revolution von 1688 war unsere letzte Revolution, und dies ist das größte Lob, das über sie ausgesprochen werden kann. Seit mehreren Menschenaltern hat kein weiser, patriotischer Engländer auf Widerstand gegen die bestehende Regierung gefonnen. Jeder ehrliche, denkende Mensch hegt die durch tägliche Erfahrung bestärkte Ueberzeugung, daß die Mittel, alle von der Verfassung erheischten Reformen ins Werk zu setzen, in der Verfassung selbst zu finden sind.

Wir sollten jetzt mehr als je einsehen, wie bedeutungsvoll der Widerstand war, den unsere Vorfahren dem Hause Stuart leisteten. Rings um uns her wird die Welt von den Zuständen großer Nationen erschüttert. Regierungen, die noch unlängst jahrhundertlang bestehen zu sollen schienen, sind plötzlich erschüttert und gestürzt worden. Die stolzesten Hauptstädte des westlichen Europa sind mit Bürgerblut bespritzt worden. Alle schlimmen Leidenschaften, Habgier und Rachedurst, Ständehaß und Klassenfeindschaft, haben sich der Gewalt göttlicher und menschlicher Gesetze entzogen. Furcht und angstvolle Besorgnis erfüllen die Herzen von Millionen und sind auf ihren bekümmerten Gesichtern zu lesen. Der Verkehr ist gelähmt, die Industrie gehemmt. Die Reichen sind arm, und die Armen ärmer geworden. Lehren, die jeder Wissenschaft und Kunst, jedem Gewerbe und häuslichem Glück feindlich, Lehren, die, wenn sie zur Ausführung kämen, in dreißig Jahren alles, was dreißig Jahrhunderte für das Menschengeschlecht getan, zerstören und die schönsten Provinzen Frankreichs und Deutschlands in einen so rohen Zustand versetzen würden, wie Kongo oder Patagonien, sind von der Rednerbühne verkündet und mit dem Schwerte verteidigt worden. Europa ist in Gefahr gewesen, von Barbaren unterjocht zu werden, im Vergleich mit denen die Barbaren, welche einst unter Attila und Alboin hereinbrachen, aufgeklärt und human waren. Die wahren Freunde des Volks haben mit tiefemummer gestanden, daß noch kostbarere Güter, als die politischen Rechte, in Gefahr waren, und daß die Notwendigkeit eintreten könne, sogar die Freiheit zu opfern, um die Zivilisation zu retten. Unterdeß ist auf unserer Insel der regelmäßige Gang der Regierung auch nicht einen Tag unterbrochen worden. Die wenigen ruhlosen Menschen, deren es nur ein geschlossenes Treiben und Blinderung zu tun war, haben nicht den Mut gehabt, einer um den angefallenen Thron dichtgedrängten, starben, biederer Nation feindlich entgegenzutreten. Und wenn man uns fragt, woher dieser Unterschied zwischen uns und anderen, so antworten wir, daß wir nie verloren haben, was andere ungestüm und blindlings wieder zu erringen suchen. Wir hatten im siebenzehnten Jahrhundert eine erhaltende Revolution, und deshalb haben wir im neunzehnten keine zerstörende Revolution gehabt. Wir hatten die Freiheit mitten in der Knechtschaft, und deshalb haben wir die gesellschaftliche Ordnung mitten in der Anarchie.

(Aus: „Die Geschichte Englands.“)

Dokumente der Zeit

Frankreich erwache!
Auch in Frankreich werden Schriftstücke im Bogheimer Stil in vielen Exemplaren abgezogen und verbreitet.
Ein solches Zirkular trägt als Briefkopf den vielversprechenden Firmentitel: „Barolenausgabe der Nationalen Miliz“, und es ist auch danach:

Sehr geehrter Herr und Kamerad!
Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß die nötigen organisatorischen Vorbereitungen zur Schaffung einer Nationalen Miliz nunmehr abgeschlossen sind. Die Nationale Miliz wird eine zivile Miliz sein, die sich für den Dienst an der Nation bereitstellt. Es handelt sich dabei nicht um eine politische Partei, sondern um eine streng militärische Organisation, um eine wirkliche, wenn auch irreguläre bewaffnete Armee, neben der regulären Armee.

Im gleichen Ton geht es weiter, um durchaus süßgerichtet zu schließen: „Es lebe Frankreich! Es lebe der französische Falco! Unser Ziel ist die Diktatur!“

Gezeichnet: Duvarin,
Oberbefehlshaber der Nationalen Miliz.

Profil!
Der „Popolo d'Italia“, das parteioffizielle Leib- und Wagnisblatt Mussolinis, veröffentlicht folgende Notiz:
„Bei den Versammlungen der Arditi d'Italia (Bund ehemaliger Frontkämpfer) in Trento, trinkt man aus Gläsern, die einer menschlichen Hirnschale nachgebildet sind und die Schädel der Feinde des Vaterlandes symbolisieren sollen. Diese Becher fanden bisher bei allen, die sie zu

Geficht bekamen, sowie Anklang und Beifall, daß man sich entschlossen hat, sie in den Handel zu bringen.
Wer diese hochoriginellen Trinkgefäße sein eigen nennen will, wende sich an die Trentiner Sektion der Arditi.“

Spigellei en gros.
Folgendes Rundschreiben ist den Inhabern aller größeren Betriebe — in Frankreich — auf den Tisch gefallert:

Sehr geehrter Herr!
Ich erlaube mir, Ihnen mitzuteilen, daß ich eventuell in der Lage wäre, genaueste Nachforschungen über das Privatleben Ihres Personals anzustellen.
Diese Nachforschungen würden für Sie sicher von Nutzen sein und Ihnen Schutz gegen Tattlosigkeit und Indistretionen, deren sich vielleicht auch einige Ihrer Angestellten schuldig machen, gewähren. Als Pauschalpreis für jede einzelne Recherche schlage ich Ihnen 30 Franc (ungefähr 4,80 M.) vor.
Ich würde mich außerordentlich freuen, wenn Sie von meinen Anerbieten Gebrauch machten.
Stets gerne zu Ihren Diensten...

In Frankreich (nur in Frankreich?) entwickelt sich diese Art Spigellei zu einem immer besser ausgebildeten Zweig der privaten Aufspurei.
Es war noch immer so: nur ein ganz kleiner Schritt trennt den Spiegel vom Provokateur! Und wer wollte angesichts solcher Praktiken noch behaupten, daß dem Verkäufer der Ware Arbeitskraft auch nur das kleinste Stückchen Privatleben unangefastet bleibe.

Alice Ekert Rothholz:
Die Parabel von den Redakteuren

Eine Zeitung vergab einen leitenden Posten.
Die Redakteure strömten von Westen und Osten...
Sie füllten das ganze Geschäftslokal.
(Die Zeitung persönlich war liberal.)

Die Verlagsgötter lächelten im Chor...
Dann trat der erste Bewerber hervor:
„Meine Herren, was braucht eine Zeitung von Fleisch und Blut?
Sie braucht Mut.
Ich klebe allen die Faust in die feige Miene!
Ich bin ein Löwe mit Schreibmaschine!“

Der Obergott sprach: „Herr, wir brauchen keine Löwen in unserm Laden.
Erstens bin ich selber mutig —
Und zweitens kann Mut heutzutage nur schaden...
Wir sind liberal, vastehne?“

Da lachten die Herren im schaurigen Chor...
Dann trat der zweite Bewerber vor:
„Meine Herren, eine gute Zeitung braucht erstmal: Grütze.
Die Klugheit ist ihre mächtigste Stütze.
Ich schlage nicht blind und taub mit der Keule!
Ich bin weise... Ich bin eine Presse-Eule!“

Der Obergott sprach: „Herr, wir brauchen keine Eule in unserm Laden.
Erstens bin ich selber allwissend —
Und alles zu wissen kann heut nur schaden...
Wir sind liberal, vastehne?“

Da lachten die Herren im schaurigen Chor...
Dann trat der dritte Bewerber vor:
„Was braucht eine Zeitung täglich aufs Neue?
Meine Herren, sie braucht: Treue.
Ich bin weder Löwe noch Eule... Meine Leitartikel glänzen nicht bunt.
Aber ich diene dem Werke! Treu wie der Hund!“

Der Obergott sprach: „Herr, wir brauchen keinen Hund in unserm Laden.
Ein Hund bin ich selber —
Und Treue kann heut dem Geschäft bloß schaden...
Wir sind liberal, vastehne?“

Da lachten die Herren im schaurigen Chor...
Dann trat der letzte Bewerber vor.
Er sprach nur vier Worte: „Ich kann mich drehn...!“
Der Mann durfte sofort an die Arbeit gehn.

Die Propheten von USA.
Eine Typomontage
Von Mira von Hollander-Munkh

In USA. ist der Wettlauf um die Präsidentschaft ins Endstadium getreten. Da ist es ganz nützlich, sich einmal an allerlei Vorhersagen, Prophetien und Orakelien zu erinnern, wie sie weltberühmte amerikanische Wirtschaftsführer und Staatsmänner im Laufe der Krisenzeiten von sich gegeben haben.

September 1928: Es liegt für uns feinerlei Grund vor, uns zu beunruhigen. Die Welle der Prosperität wird weiter andauern.
(W. Mellon, damals Schatzsekretär, heute Senator in London.)

September 1929: Die Grundfesten unseres ökonomischen Lebens ruhen auf einem festen und glückverheißenden Fundament.
(Präsident Hoover.)

November 1929: Es hat durchaus den Anschein, als ob unsere Industrie neue Arbeitskräfte heranzuziehen genötigt wäre und also die alten ummöglich entlassen kann.
(Mr. Legge vom Ackerbauministerium.)

Dezember 1929: Die Situation stellt sich wesentlich günstiger dar als im vorigen Jahr.
(Mr. S. Ford.)

Februar 1930: Noch im Laufe der nächsten 60 oder 90 Tage wird unser Land zu völlig normalen Zuständen und auf seine normalen Grundlagen zurückfinden.
(Arbeitsministerium des Staatenbundes.)

März 1930: In zwei Monaten wird alles wieder völlig normal geworden sein.
(Mr. Lamont, damals Handelsminister.)

Mai 1930: Ich bin überzeugt, daß wir das

Retrogene Jugend
Von Josef Arndt

Albert Lamm, der seit 1926 als Zeichenlehrer in den Erwerbslosenkursen der Jugend in Neutölln wirkt, zeigt in seinem Buche „Retrogene Jugend“ (Verlag Bruno Cassirer, Berlin) die ersten Anfänge des Jugendamts, der erwerbslosen Jugend wenigstens für einige Stunden am Tage ernste Arbeit zu vermitteln.

Erst steht die Jugend diesem Beginnen ablehnend gegenüber, begreift aber später den hohen Wert der Beschäftigung. An Hand zahlreicher Beispiele schildert Lamm die Psyche der erwerbslosen Jugend und die materielle Not, die oft unbewußt zum Verbrechen führt. Nicht als ob das Eigentum nicht geachtet würde; im Gegenteil, überraschend viele bleiben trotz Hunger dauernd von innerster Ehrlichkeit beherrscht. Aber wenn ein Junge zu ihm sagt: „Wat woll'n Se, herr Lamm; meine Mutter laßt: bring Geld nach Haus; wo det hernimmt is ma egal.“ so ist das der Ausschrei einer gequälten Jugend. Oder wenn ein Sechzehnjähriger, der einen Stiefvater hat, erzählt, daß er sich mit feinen paar Mark allein ernähren muß, und wenn das Geld alle ist, dann muß er am gedeckten Tisch mit hungrigem Magen zusehen wie es den anderen schmeckt, er aber bekommt nichts, dann sind das grauenhafte Zustände, die unsere Jugend demoralisieren müssen. Der Verfasser wendet sich dann mit Entschiedenheit gegen die jetzt vom Arbeitsamt geförderten Kurse, die den Jugendlichen nur drei Monate die Teilnahme gestatten. Gerade die Jugend, die keine Unterstützung bekommt, steht nach dieser Zeit erneut dem Hunger gegenüber. Hier muß ein Ausweg gefunden werden.

Wenn das Werk auch nur einen Auschnitt aus der Arbeit des Jugendamts Neutölln gibt, dürfte es dennoch ein guter Ratgeber für jene sein, die das Los der erwerbslosen Jugend helfen wollen.

